

Verteidigung der „Demokratie?\": Westliche Medien erkennen Unterdrückung von Dissens in Ukraine an

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Eine der Beständigkeiten, wenn es um die Bemühungen der amerikanischen Regierung und ihrer Medien geht, einen neuen Krieg zu verkaufen, besteht darin, dass uns immer erklärt wird, dass es in diesem Krieg um viel mehr geht als um geostrategische Überlegungen oder um den Kampf um Geld, Ressourcen oder Kapital. Uns wird stets versichert, dass wir uns in Bezug auf den Krieg positiv fühlen können, weil wir in Wirklichkeit zur Bekämpfung der Tyrannei in den Krieg ziehen und zur Verteidigung der Demokratie beitragen. Beim Vietnamkrieg sagte man uns, dass wir das vietnamesische Volk von der Regierung befreien würden, die es eigentlich bevorzugte. Im Jahr 2003 wurde uns weisgemacht, dass wir in den Irak einmarschieren würden, um die Menschen dort von Saddam Hussein zu befreien und die Demokratie in ihr Land und damit in die Region zu bringen. Das gleiche gilt für den schmutzigen Krieg, den wir gegen Bashar al-Assad in Syrien und Muammar Gaddafi in Libyen geführt haben. Und natürlich wird uns das immer wieder eingeredet, und ebenfalls von Anfang bezüglich des Krieges in der Ukraine, und zwar unter anderem deshalb, weil die Ukraine eine unberührte und wichtige Demokratie ist, die an die Rede- und Pressefreiheit glaubt, während die Besatzungsmacht absolut autoritär ist, Dissidenten ins Gefängnis wirft und keine oppositionellen Medien zulässt. Und seit langem ist es so offensichtlich, dass es sich dabei um einen propagandistischen Betrug handelt, denn die Ukraine selbst und insbesondere Selenskyj haben schon lange vor dem Einmarsch Russlands im Februar 2022 die grundlegenden Rechte der Meinungs- und Pressefreiheit und der freien Meinungsäußerung angegriffen, ausgehöhlt und sogar abgeschafft. Und seitdem hat die Ukraine im Grunde aufgehört, überhaupt einer Demokratie zu ähneln, und ähnelt vielmehr genau der Tyrannei, die sie schon lange ist.

Wenn man dies im Februar 2022 gesagt hätte, und darauf hingewiesen hätte, dass die Ukraine und Selenskyj keine Demokraten sind, und zwar mit kleinem d [demokratie], oder das ganze Jahr 2023 über darauf aufmerksam gemacht hätte, wäre man sofort beschuldigt worden, ein russischer Propagandist oder ein Kreml-Agent zu sein, weil man Kreml-Propaganda

verbreitet, indem man Selenskyj in der Ukraine kritisiert, was ja untersagt ist. Und nun haben wir zweieinhalb Jahre Krieg hinter uns, und selbst die Medien, die diese Ansichten, die Kritik an Selenskyj und der Ukraine und die Behauptung, dass es in der Ukraine keine Demokratie gibt, tabuisiert haben, müssen dies nun endlich anerkennen und darüber berichten, weil sogar viele Menschen in der Ukraine aufschreien und Selenskyj anprangern, weil er grundlegende Rechte der freien Presse angreift, darunter auch Journalisten, die Selenskyj lange Zeit im Krieg unterstützt hatten. Hier ein Auszug aus der New York Times, der Tageszeitung. Am 18. Juni, Zitat: „*Ein großer Schritt zurück*“: *In der Ukraine wächst die Besorgnis über die Einschränkung der Pressefreiheiten*. Zitat: „Journalisten berichten, dass sie zunehmenden Einschränkungen und Druck seitens der Regierung von Präsident Wolodymyr Selenskyj ausgesetzt sind, und fügen hinzu, dass die Maßnahmen über die Sicherheitsbedürfnisse in Kriegszeiten hinausgehen“. Zitat: „Ein ukrainischer Reporter, der enthüllte, dass eine staatliche Nachrichtenagentur versuchte, Interviews mit Oppositionspolitikern zu verhindern, sagte, er habe bereits am nächsten Tag einen Mitteilungsentwurf erhalten. Der ukrainische Inlandsgeheimdienst hat die Mitarbeiter eines investigativen Nachrichtensenders durch Gucklöcher in ihren Hotelzimmern ausspioniert. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt beklagt, dass ihre Berichterstattung unter politischem Druck stehe. Journalisten und Gruppen, die die Pressefreiheit überwachen, schlagen Alarm wegen der zunehmenden Beschränkungen und des Drucks auf die Medien in der Ukraine unter der Regierung von Präsident Wolodymyr Selenskyj, die weit über die Erfordernisse des Landes in Kriegszeiten hinausgehen. Journalisten und Mediengruppen sagen, dass eine Reihe von Fällen in letzter Zeit auf ein zunehmend restriktives Umfeld für die Berichterstattung hinweisen. Analysten zufolge zielen die Bemühungen der Regierung, die Medien zu kontrollieren, offenbar darauf ab, die positive Berichterstattung über die Opposition einzuschränken und die negative Berichterstattung über die Regierung und das Militär zu unterdrücken. Reporter der staatlichen Nachrichtenagentur Ukrinform, die als überparteilich gelten soll, erhielten Ende letzten Jahres von ihrer Leitung eine Liste mit Oppositionsfiguren und lokalen Mandatsträgern, die als ‚unerwünscht‘ für Zitate in Artikeln bezeichnet wurden. In der Stadt Odessa wurden die Reporter angewiesen, in einigen Fällen nur vom Präsidenten ernannte Personen zu zitieren. In Lviv durften Reporter den gewählten Bürgermeister Andriy Sadovyi, einen prominenten Politiker, der als möglicher künftiger Präsidentschaftskandidat gilt, nicht zitieren. Die turbulente und konkurrierende ukrainische Fernsehnachrichtenlandschaft vor dem Krieg wurde von Selenskyjs Regierung nach der russischen Invasion zu einem einzigen, staatlich kontrollierten Sender zusammengefasst. Die Regierung stellte die als Telemarathon bekannte Regelung als notwendig dar, um während des Krieges zuverlässige Nachrichten zu senden. Doch der Sender schloss die Oppositionskanäle aus und sendete selbst bei stockenden Kämpfen durchweg positive Berichte, so dass die Mehrheit der Ukrainer dem Sender inzwischen nicht mehr vertraut. In einem Bericht des US-Außenministeriums heißt es, das Programm habe 'ein noch nie dagewesenes Maß an Kontrolle über die Fernsehnachrichten zur Hauptsendezeit' in der Ukraine ermöglicht.“

Klingt das auch nur im Entferntesten nach einer Demokratie? Natürlich ist das Argument, das Selenskyj vorbringt, eines, das alle Tyrannen und Autoritären benutzen, nämlich dass man es sich nicht leisten kann, den Bürgern Freiheit zu gewähren, wenn die nationale Sicherheit

bedroht ist. Das war natürlich das Argument, welches George Bush und Dick Cheney beständig nutzten, um die grundlegenden verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der amerikanischen Bürger auszuhöhlen, indem sie sagten, wir seien in einen Krieg verwickelt, einen globalen Krieg gegen den Terror, und daher könne man nicht dieselbe Art von Rechten haben, wie das Recht, von unserer Regierung nicht ohne Haftbefehl ausspioniert zu werden, das Recht auf ein ordentliches Verfahren, im Falle einer Verhaftung. Und das alles wurde durch den Krieg gerechtfertigt. Ich denke, eine der Lektionen, die wir als Amerikaner über viele Jahrzehnte hinweg gelernt haben – angefangen beim Zweiten Weltkrieg, als die Japaner in Lagern interniert wurden, bis hin zum Ersten Weltkrieg, als es Woodrow Wilson gelang, das Spionagegesetz von 1917 zu verabschieden, welches Meinungsverschiedenheiten gegen seine Politik, die USA in den Ersten Weltkrieg zu verwickeln, unter Strafe stellte, und Menschen sogar inhaftiert wurden, weil sie seine Kriegspolitik in Frage stellten – ist, dass die Verfassung selbst in Krisen- und Kriegszeiten nicht außer Kraft gesetzt wird. Es werden immer noch Wahlen abgehalten. Die Menschen haben immer noch das Grundrecht auf ein ordentliches Verfahren und auf freie Meinungsäußerung. Aber selbst wenn man glauben will, wenn man Selenskyj Glauben schenken will – Oh ja, er hat die Ukraine in etwas anderes als eine Demokratie verwandelt, sie ist inzwischen eine Tyrannei, aber das ist nur, weil ein Krieg im Gange ist, und die Ukraine wird wieder zu dem freiheitsliebenden Land werden, das sie unter Selenskyj vor der russischen Invasion war – dann sollten Sie wissen, dass Selenskyj schon vor der russischen Invasion alle möglichen tyrannischen Verhaltensweisen angewandt hat, einschließlich des harten Durchgreifens und der Schließung von Medien, indem er sie beschuldigte, zu sehr mit Russland zu sympathisieren.

Hier von Reuters am 15. Dezember 2021. Also drei Monate vor dem Einmarsch der Russen, da sehen Sie die Schlagzeile: *Ukrainische Unterdrückung von Medien und Versammlungen verletzt Rechte - so die UN*. Zitat: „Die ukrainische Regierung hat die Medien, das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung eingeschränkt und damit gegen internationales Recht verstoßen, so das UN-Menschenrechtsbüro am Mittwoch... Diese Feststellung der stellvertretenden UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Nada Al-Nashif, wurde in einer Debatte im UN-Menschenrechtsrat in Genf inmitten zunehmender Spannungen zwischen der Ukraine und Russland präsentiert. Die Schließung von Fernsehkanälen und Online-Medien durch die Ukraine stehe ‚nicht im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsbestimmungen‘. Aktivisten, Journalisten und Kritiker wurden verfolgt, da sie die Darstellung der Kiewer Regierung in Frage stellten oder die Korruption untersuchten, ebenso wurden oppositionelle politische Parteien angegriffen, sagte sie in einem Bericht, der die Vorfälle seit 2019 dokumentiert“. Das war drei Jahre, drei Jahre vor der russischen Invasion. Noch einmal: Glaubt jemand, dass wir tatsächlich in der Ukraine sind, um die Demokratie zu retten?! Wenn wir nicht in den Krieg ziehen, um die Demokratie zu retten oder die Demokratie zu verteidigen, haben wir überhaupt kein Problem mit Tyrannei, solange die Tyrannen pro-amerikanisch sind. Deshalb sind wir Verbündete und Partner einiger der tyrannischsten Regime der Welt, Saudi-Arabien und Ägypten, die Golfstaaten und viele mehr. Und genau das ist auch unsere Position in Bezug auf die Ukraine. Die Vorstellung, dass wir für die ukrainische Demokratie kämpfen, ist der Vorwand für den Krieg. Er ist niemals der eigentliche Grund. Zum Teil, weil die Ukraine und Selenskyj

überhaupt nicht demokratisch gesinnt sind. Tatsächlich kann man bis zum Februar 2021 zurückgehen, mehr als ein Jahr vor der russischen Invasion 2022. Und hier ist DW, die deutsche Nachrichtenseite: *Ukraine verbietet pro-russische TV-Sender*. „Drei pro-russische TV-Sender sind in Kiew vom Sendebetrieb ausgeschlossen worden, nachdem der pro-westliche Präsident Wolodymyr Selenskyj ein Dekret des ukrainischen Sicherheitsrates unterzeichnet hatte, mit dem acht Medien- und TV-Unternehmen für fünf Jahre mit Sanktionen belegt wurden. Die betroffenen Kiewer Sender waren ZIK, NewsOne und 112 Ukraine. Ihre Sendungen waren am Dienstagabend nur noch über die Video-Hosting-Plattform YouTube verfügbar, berichtete die russische Nachrichtenagentur TASS. Sie identifizierte den Eigentümer des Senders als Taras Kozak, einen Gesetzgeber und Mitglied der pro-russischen Oppositionspartei Platform for Life, und zitierte ihn mit den Worten, Selenskyjs Schritt sei ‚ein Akt eklatanter Zensur‘.“

Erinnern Sie sich, dass der östliche Teil der Ukraine und die Menschen, die dort leben, mehrheitlich pro-Moskau und pro-Russland ausgerichtet sind. Und natürlich sollten ihre Ansichten in oppositionellen Medien vertreten sein, die eine andere Sichtweise haben als die pro-westlichen Neigungen Selenskyjs. Aber lange bevor die Russen einmarschierten, verbot er all diese Medien. Er sperrte sie. Er verfügte, dass sie nicht mehr öffentlich zugänglich sind. Die Vorstellung, dass uns dieser Krieg als Schutz der ukrainischen Demokratie und Wolodymyr Selenskyjs als blühender Demokrat verkauft wurde, ist lächerlich. Im Juni 2023 hat Selenskyj selbst angekündigt, dass es auf unbestimmte Zeit keine Wahlen in der Ukraine mehr geben wird, bis er entscheidet, dass die Wahlen nach Beendigung des Krieges sicher abgehalten werden können. Mit anderen Worten: Selenskyj, der an der Macht war, hat sich selbst für unbegrenzt an der Macht erklärt und kann daher vom ukrainischen Volk nicht abgesetzt werden, weil er Wahlen in der Ukraine verboten hat und sich auf eine Verfassungsbestimmung beruft, die dies seiner Meinung nach erlaubt. Ob das nun stimmt oder nicht, Wahlen auf unbestimmte Zeit zu verbieten, sich selbst zum Machthaber zu erklären, egal was die Menschen denken, insbesondere wenn Umfragen eine hohe Unzufriedenheit mit Selenskyj erkennen lassen, ist das genaue Gegenteil von dem, was Demokratie ausmacht. Hier ist das Video, in dem Selenskyj im Juni 2023 verkündet, dass es auf unbestimmte Zeit keine ukrainischen Wahlen mehr geben wird. „Wird es nächstes Jahr Wahlen in der Ukraine geben?“, lautet die Frage. Die Antwort: „Das ist eine globale Frage“, sagt Selenskyj, „Wenn wir gewinnen, wird es sie geben“. Es wird also kein Kriegsrecht geben, keinen Krieg. Wahlen sollten in Friedenszeiten abgehalten werden, wenn kein Krieg herrscht, wie es das Gesetz vorsieht. Und das ist der Grund, warum das so ist“. Mit anderen Worten: Nein, es wird überhaupt keine Wahlen geben. Wir haben im Grunde das Kriegsrecht. Wir befinden uns im Kriegszustand, und deshalb werde ich auf unbestimmte Zeit Präsident sein.

Noch einmal: Wenn Sie in den letzten zwei Jahren zu irgendeinem Zeitpunkt von einem Angriff auf die verfassungsmäßigen Grundrechte durch die Ukraine und ihre Regierung gesprochen hätten, obwohl dies in der westlichen Presse bereits zuvor mehrfach anerkannt wurde, würden Sie sofort als russischer Agent stigmatisiert werden, wenn Sie Professor mit Spezialisierung auf die Ukraine sind, wie es einige unserer Gäste waren, und wenn Sie diese

Vorstellung, Selenskyj sei dieser edle, patriotische Führer, der für die ukrainische Demokratie kämpft, nicht unterstützen, würden Sie von den Medien, der New York Times und NPR und jeglichen Nachrichtensendern einfach nicht gehört werden. Man würde ausgeschlossen, wie es John Mearsheimer, ihm selbst und andere Ukraine-Spezialisten erfahren haben, einfach weil man eine abweichende Meinung hatte. Es war ein einseitiges Narrativ der westlichen Medien, und nichts anderes war erlaubt. Eine weitere wichtige Tatsache über diesen Krieg, die in den westlichen Medien völlig unterdrückt wurde, ist die Tatsache, dass die Ukraine und Russland schon sehr früh im Krieg, im Februar und März 2022, über ein Friedensabkommen verhandelten, wobei diese Verhandlungen andauerten und sehr weitreichend waren und sehr, sehr nahe an ein Friedensabkommen zur Abwendung dieses Krieges herankamen. Die Ukraine hätte sich für neutral erklärt, hätte den Beitritt zur NATO verweigert und sich als neutrale Pufferzone zwischen Russland auf der einen Seite und dem Westen auf der anderen Seite verstanden. Und das hätte die Russen zufriedengestellt, zusammen mit der Gewährung gewisser Formen von Freiheit und Autonomie für die russischsprachigen ethnischen Russen im östlichen Teil der Ukraine, die nicht Teil der zentralisierten Regierung in Kiew sein wollen, weshalb sie seit 2014 einen Unabhängigkeitskrieg, einen Separatistenkrieg, ausgerufen und geführt haben, nachdem es zu diesem Staatsstreich kam, bei dem der gewählte ukrainische Präsident mit Unterstützung der Vereinigten Staaten abgesetzt wurde.

Nun hat die New York Times am 15. Juni nicht nur zugegeben, dass diese Verhandlungen stattgefunden haben, sondern auch detailliert beschrieben, wie knapp sie tatsächlich ausfielen. Die Schlagzeile lautete: *Ukraine-Russland Frieden ist so unwahrscheinlich wie eh und je. Aber im Jahr 2022 wurde gesprochen.* Zitat: „In den ersten Wochen nach der russischen Invasion fanden Friedensgespräche zwischen Vertretern der Krieg führenden Nationen statt. Sie verliefen im Sande. Dokumente aus diesen Gesprächen zeigen, warum neue Gespräche auf große Hindernisse stoßen werden“. „Eine Untersuchung des Dokuments zeigt, dass die beiden Seiten über Fragen der Waffenarsenale, der Bedingungen für eine mögliche Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und insbesondere über ukrainische Sprach- und Kulturgesetze stritten, die Russland abschaffen wollte. Die ukrainischen Verhandlungsführer boten an, auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten und die russische Besetzung von Teilen ihres Territoriums zu akzeptieren. Sie weigerten sich jedoch, die russische Souveränität über diese Gebiete anzuerkennen. In Istanbul schienen die Russen das ukrainische Modell der Neutralität und der Sicherheitsgarantien zu billigen und ihren territorialen Forderungen weniger Nachdruck zu verleihen“. Damit ist man einer vollständigen Einigung in allen wichtigen Fragen sehr nahe gekommen. „Anschließend sagte der russische Verhandlungsführer Medinski, das Neutralitätsangebot der Ukraine bedeute, dass die Ukraine bereit sei, die Hauptforderungen zu erfüllen, auf denen Russland in den vergangenen Jahren bestanden habe.“ Sie hörten von der Ukraine: Wir sind bereit, euch die wichtigsten Forderungen zu erfüllen, um diesen Krieg abzuwenden. „Die Ukraine fasste den vorgeschlagenen Deal in einem zweiseitigen Dokument namens Istanbul-Kommuniqué zusammen, das nie veröffentlicht wurde. Über den Status der Krim sollte in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren entschieden werden, wobei die Ukraine versprach, die Halbinsel nicht mit Gewalt zurückerobern zu wollen. Selenskyj und Putin würden persönlich zusammentreffen, um einen Friedensvertrag zu schließen und eine Vereinbarung über den

Umfang des ukrainischen Territoriums zu treffen, das Russland weiterhin besetzen würde". Stellen Sie sich vor, was passiert wäre, wenn die Ukraine und Russland im Februar und März 2022 einen Friedensvertrag geschlossen hätten, wie es fast der Fall gewesen wäre. Denken Sie an Hunderttausende von Menschenleben, ukrainische und russische, die gerettet worden wären. Massive Zerstörungen in der Ukraine hätten abgewendet werden können. Die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder, die Hunderte von Milliarden Dollar für die Aufrechterhaltung dieses Krieges und seine Bewaffnung ausgeben, wären überflüssig gewesen, und Russland wäre nicht in einen Krieg hineingezogen worden, einen dauerhaften, anhaltenden Krieg, weswegen es seine ganze Aufmerksamkeit auf den Aufbau seines Militärs gerichtet hat. Das Problem war natürlich, dass der Westen genau das wollte. Ob Sie nun glauben oder nicht, dass der Westen Russland zur Einmischung in der Ostukraine provoziert hat, es gibt Dokumente auf höchster Ebene der US-Regierung, die seit langem sehr deutlich machen, dass man in Washington von der Provokation wusste, nach der die Russen in die Ostukraine auf der Krim einmarschieren würden, wenn man zu viel über die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine spricht. Lassen wir einmal die Frage beiseite, ob der Westen den Krieg absichtlich oder unabsichtlich provoziert hat. Tatsache ist, dass es eine ernsthafte Chance gab, einen schrecklichen und zerstörerischen Krieg zu vermeiden, und die New York Times räumt endlich ein, wie nah die Ukrainer und Russen an einer solchen Vereinbarung waren. Sie zeigte Ihnen die Dokumente, in denen beide Seiten sehr zufrieden mit den Fortschritten zu sein schienen, die durch die Zugeständnisse der anderen Seite erzielt wurden.

Was die New York Times jedoch nicht erwähnte, war der Grund dafür, dass dieses Friedensabkommen nie zustande kam. Und zwar, weil westliche Politiker, insbesondere der britische Premierminister Boris Johnson und Präsident Joe Biden, intervenierten, um die Ukraine am Zustandekommen eines solchen Friedensabkommens zu hindern, dieses zu verhindern und sogar zu verbieten. Hier aus der *Ukrainska Prawda* vom 21. Oktober 2023. Zitat: *Der ehemalige deutsche Bundeskanzler behauptet, er habe 2022 zwischen der Ukraine und Russland „vermittelt“*. „Gerhard Schröder, ehemaliger sozialdemokratischer Bundeskanzler, der für seine Freundschaft mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bekannt ist, behauptete, die USA hätten die ‚Friedensgespräche‘ zwischen der Ukraine und Russland zu Beginn der groß angelegten Invasion unterbrochen und Kiew habe ihn gebeten, zu vermitteln. Der frühere Bundeskanzler erwähnte auch die fünf Punkte eines angeblichen Friedensplans, der damals diskutiert wurde: Die Ablehnung der ukrainischen NATO-Mitgliedschaft, zwei Amtssprachen in der Ukraine, Autonomie des Donbass, Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Verhandlungen über den Status der Krim.“ – Das ähnelt sehr den Berichten der New York Times – Zitat: „Die einzigen, die den Krieg um die Ukraine lösen könnten, sind die Amerikaner. Während der Friedensgespräche im März 2022 in Istanbul lehnten die Ukrainer den Frieden ab, weil es ihnen nicht erlaubt wurde. ‚Sie mussten alles, worüber sie sprachen, erst mit den Amerikanern abstimmen‘, sagte Schröder.“ Und dann, im Februar 2023, berichtete CGTN, und dies wurde in vielen verschiedenen Medien berichtet, Zitat: *Ehemaliger israelischer Premierminister berichtet, der Westen habe die Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine ‚unterbrochen‘*. „Der ehemalige israelische Premierminister Naftali Bennett hat gegenüber israelischen Medien enthüllt, dass

er als israelischer Premierminister im vergangenen März nach Moskau reiste, um einen baldigen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine auszuhandeln, wobei sich beide Seiten auf Kompromisse einigten, aber die Waffenstillstandsgespräche vom Westen ‚unterbrochen‘ wurden. Der Westen habe beschlossen, ‚Putin zu vernichten, anstatt zu verhandeln‘, sagte er. In einem fast fünfstündigen Podcast mit dem israelischen Fernsehsender Channel 12, der am Sonntag veröffentlicht wurde, sagte Bennett, dass er nach dem Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts im vergangenen Februar versucht habe, als Vermittler aufzutreten, da er glaubte, dass es noch eine Chance gebe, den Konflikt mit diplomatischen Mitteln zu beenden. Bennett sagte, während seiner Vermittlung habe Selenskyj versprochen, kein Mitglied der NATO zu werden, und Putin habe seine Hauptziele spezieller Militäroperationen aufgegeben: Er wolle, so Bennett, die ‚Entwaffnung‘ und ‚Entnazifizierung‘ der Ukraine erreichen. Er habe den Eindruck, dass sowohl Russland als auch die Ukraine einen Waffenstillstand wollten und etwa 17 oder 18 Entwürfe für einen Waffenstillstand ausgearbeitet hätten, aber irgendwann habe der Westen beschlossen, so der israelische Premierminister, ‚Putin zu zerschlagen, anstatt zu verhandeln‘. Der ehemalige israelische Premierminister sagte auch, dass alle seine Maßnahmen im Detail mit den USA, Deutschland und Frankreich abgesprochen worden seien. Zitat: ‚Sie haben die Gespräche unterbrochen‘, sagte er.”

Wir haben schon oft darüber berichtet. Es gibt noch viele andere Aspekte dieses Krieges, einschließlich des zunehmenden gewaltsamen ukrainischen Widerstands gegen die Einberufung. Immer mehr Ukrainer verstecken sich in ihren eigenen Wohnungen und vermeiden es, den Bus zu nehmen. Sie verstecken sich und fliehen vor den ukrainischen Rekrutierungsoffizieren, weil sie nicht in den Krieg ziehen wollen. Wir haben Anekdoten und Anekdoten gehört. Die BBC hat erst letzte Woche einen Videobericht veröffentlicht, in dem ausführlich dokumentiert wird, wie allgegenwärtig dies geworden ist. Auch hier handelt es sich um Tatsachen, die schon seit geraumer Zeit sichtbar und offensichtlich sind. Und ich denke, das Wichtigste ist, wie nahe die Ukraine und Russland vor zweieinhalb Jahren einem Friedensabkommen kamen, das die Vereinigten Staaten und die NATO-Verbündeten, insbesondere Großbritannien, absichtlich zunichte machten, weil sie wollten, dass Russland in einen Krieg verwickelt wird. Oder wie Naftali Bennett es ausdrückte: Sie zogen es vor, Putin zu vernichten, anstatt den Ukrainern zu erlauben, ein Friedensabkommen zu schließen. Das ist moralisch verwerflich. Und selbst wenn man der Meinung ist, dass die Russen an der Invasion schuld sind, geht das Scheitern der beiden Seiten, ein Friedensabkommen zu schließen, obwohl sie dem Ziel so nahe waren, eindeutig zu Lasten von Joe Biden. Eine weitere Angelegenheit, die auf seiner Bilanz steht. Er wollte, dass dieser Krieg auf unbestimmte Zeit verlängert wird. Deshalb hat er ihn finanziert und bis zum Ende bewaffnet. Und natürlich sind die Menschen, die den höchsten Preis bezahlt haben, genau die Menschen, von denen uns gesagt wurde, dass wir sie retten würden, nämlich die Ukrainer, die eine Demokratie verteidigen, die es unter Selenskyj schon lange nicht mehr gibt.

Danke, dass Sie sich diesen Clip von System Update angesehen haben, unserer Live-Show, die jeden Montag bis Freitag um 19 Uhr exklusiv auf Rumble ausgestrahlt wird. Sie können

die kompletten nächtlichen Sendungen live sehen oder sich den Bestand an Episoden kostenlos auf unserer Rumble-Seite ansehen. Außerdem finden Sie die vollständigen Episoden am Morgen nach der Ausstrahlung auf allen wichtigen Podcasting-Plattformen, einschließlich Spotify und Apple. Alle Informationen, die Sie benötigen, sind unten verlinkt. Wir hoffen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:	PAYPAL:	PATREON:	BETTERPLACE:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Klicken Sie hier
Bank: GLS Bank			
IBAN: DE89430609678224073600			
BIC: GENODEM1GLS			

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org